

Personen, die bisher Butter und Käse in Niederschlesien aufgekauft haben, und dies weiterhin tun wollen, haben deshalb bei ihrer Ortspolizeibehörde, und so weit sie außerhalb Preußens wohnen, bei dem nächsten preussischen Landratsamte bis zum 10. Februar 1923 schriftlich um die Erlaubnis nachzusuchen. Unbefugter Verkauf, soweit nicht nach besonderen gesetzlichen Bestimmungen noch höhere Strafen verwirklicht sind, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. bestraft.

Pulsitz. (Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit.) Auf Anregung der Gewerkschaften fand am Montag im Herrnhäuser eine durch Herrn Amtshauptmann Graf Witzthum einberufene gemeinsame Sitzung der Arbeitgeber, Gemeindebehörden und Betriebsräte statt. Der Herr Amtshauptmann eröffnete die Sitzung mit Worten des Dankes für die rege Anteilnahme aller Kreise an der zur Beratung stehenden Erwerbslosenfrage. Die durch Arbeitslosigkeit und Verkürzungen eingetretene Not unter den Arbeitern müßte von allen Seiten versucht werden, auf ein wenigstens einigermaßen erträgliches Maß zu beheben, sei es durch produktive Erwerbslosenfürsorge oder durch Notstandsarbeiten. Nach mehrstündiger Debatte und eingehender Schilderung der Not wurde auf Antrag des Herrn Reg.-Komm. Zimmermann eine Kommission, die sich aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern zusammensetzt, gewählt, der die Aufgabe zufällt, unverzüglich die vielen Anregungen der Versammlungen in die Tat umzusetzen.

(1170 Mark für ein Kilo Druckpapier.) Nach sechsstündigen, zum Teil sehr erregten Verhandlungen hat das Reichswirtschaftsministerium am Dienstag den Februarpreis für das Zeitungsdruckpapier auf 1170 für das Kilo festgesetzt. (Im Januar kostete das Kilo 560 Mk, somit bedeutet der neue Preis wieder eine reichliche Verdoppelung!) Die Vertreter der Zeitungsverleger haben gegen diesen ungeheuerlichen Preis den schärfsten Einspruch erhoben. Sie haben unter Vorlage unbestreitbarer Preisfeststellungen nachgewiesen, daß die früheren Holzeinkäufe nicht in der den Tatsachen gerechtfertigten Weise in Rechnung gestellt werden. Die Grundzüge, die das Reichswirtschaftsministerium der Preisberechnung zugrunde legt, wurden stark kritisiert, da sie nach Auffassung der Verleger volkswirtschaftlich unhaltbar sind. Es kam zu sehr scharfen Debatten, die ihre Fortsetzung und Auswirkung bei den gesetzgebenden Faktoren finden müssen. Die Verleger haben im Verlaufe der langen Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in dieser Richtung mit allen Mitteln vorgehen werden.

(Einschränkung des Kohlenverbrauches.) Nach einer Erklärung des Landes-Landstammes für Sachsen und Sachsen-Altenburg macht es sich notwendig, daß alle Verbraucher, auch die öffentlichen Werke, sofort die möglichste Einschränkung ihres Brennstoffverbrauches vornehmen. Diese Verbrauchseinschränkung kommt nicht nur für die Brennstoffe aus dem Ruhrgebiet, sondern auch für die Brennstoffe aus allen anderen deutschen Gebieten in Frage.

Dresden. (Abwanderung von der Straßenbahn.) Infolge der letzten Tarifierhöhung und wahrscheinlich auch wegen der Einziehung vieler Wagen fahren jetzt die meisten Straßenbahnzüge der Stadt ziemlich leer. Um den Fehlbetrag des Straßenbahnbetriebes zu decken, wird auch die demnächst bevorstehende weitere Erhöhung der Straßenbahnfahrtpreise nichts helfen, wenn die Fahrgäste fehlen, die diese für die meisten unerträglichen Preise zahlen sollen. — (Deckelder für Hengste des Landstallamtes.) Amtlich wird uns mitgeteilt: Die außerordentliche Steigerung der Ausgaben des Landstallamtes insbesondere für die Unterhaltung der Beschläge und der Ersatzanlauf hat eine Neuregelung der Deckelder notwendig gemacht. Ursprünglich war beabsichtigt, bei Bedeckung der Zuchtstuten, die in das Zuchregister des Landstallamtes eingetragen sind, als Deckgeld den Preis von 1 1/2 Zentner Hafer zu erheben und ihn bei den nicht eingetragenen Stuten um ein halbes Zentner zu erhöhen. An diesen Sähen konnte infolge des starken Anstieges der Futtermittelpreise und der anderen Ausgaben des Landstallamtes nicht festgehalten werden. Es mußten daher die obigen Deckgeldsätze noch um den Preis von je 1/2 Zentner Hafer heraufgesetzt werden, sodaß sie für eingetragene Stuten den Preis von 2, für die übrigen den Preis von 2 1/2 Zentner Hafer betragen. Trotz dieser Erhöhung bleiben die Deckgeldsätze hinter denen in Preußen und Bayern zurück. In beiden Staaten sind als Deckgeld 3 Zentner Hafer abzuliefern. Um die Nachteile für die Züchter, deren Stuten nicht befruchtet worden sind, abzumildern, wird die Hälfte des Deckgeldes zurückgezahlt, wenn der Nachweis der Nichtbefruchtung erbracht wird.

Dresden. (Reiche Spenden.) Die Commerz- und Privatbank hat zur Vinderung der infolge des feindlichen Einbruchs in das Ruhrgebiet zu erwartenden Not eine Sammlung „Deutschland in Not“ eingeleitet, und sie mit einer eigenen Stiftung von 200 Millionen Mark eröffnet. — Die Aktiengesellschaft für Cartonagenindustrie in Dresden-Völchow spendete für die Deutsche Rotgenossenschaft 1 Million Mark und für das Deutsche Volksoffer (Ruhrspende) 2 Millionen Mark. — (Kaufmann Mühlberg), der wegen Verdachts des Vergehens gegen die Preisverordnungsverordnung in Verwahrungshaft genommen worden war, ist in vergangener Woche ohne jede Sicherheitsleistung auf freien Fuß gesetzt worden. — (Explosion einer Handgranate.) In einer Autoreparaturwerkstatt an der Luisenstraße wurde ein Gelegenheitsarbeiter, der scharfe Zünder zerlegen sollte, durch Explosion einer Ladung sofort getötet.

Dresden. (Handtaschenräuber.) Am Sonnabend abends gegen 8 Uhr entriß ein Unbekannter auf der Mosenstraße der Besitzerin einer hiesigen Filiale gewalttätig eine graue Segeltuch-Tasche

mit einem hohen Geldbetrag (Taschekasse). Der Räuber war der Filialeleiterin unbemerkt gefolgt und führte den Raub aus, als diese die Haustüre des Grundstücks Mosenstraße 80 öffnen wollte. Er ergriff sofort die Flucht, wurde aber von einem Straßenpassanten angehalten, der ihn nach der Polizeiwache bringen wollte. Auf dem Transport nach dem Polizeigebäude riß sich der Räuber jedoch in der Nähe des Zeughausplatzes von seinem Begleiter los und konnte auch nicht wieder erlangt werden. Bedauerlicherweise würde dem eingeschlossenen Manne, der die Festnahme bewirken wollte, von den Straßenpassanten keinerlei Unterstützung zuteil, obwohl er mehrere Personen darum angesprochen hatte. Der Räuber ist etwa 25-30 Jahre alt, mittelgroß und unterseht gewesen und hat dunkle Sportmütze, vermutlich Schiffermütze mit Schäl, und graugrünen Militäranzug getragen. — (Einbrüche) In der Nacht zum 27. Januar wurden aus einem Grundstück in der Heideparkstraße mittels Einbruchs Leib- und Bettwäsche im Gesamtwerte von 600 000 M gestohlen. Die Wäsche ist teils „A E“, „G v. J.“ und „T“ mit Krone, „L G“ und „E G“ gezeichnet. — Am 26. Januar in den späten Abendstunden wurde in Trachau ein dreierter Wohnungseinbruch verübt. Den Tätern ist eine dunkelbraune Geldtasche mit einem hohen Geldbetrage und eine silberne Damenhandtasche mit ausgebeugtem breiten Wägel, auf dem ein Blumenkorb eingestickt ist, im Gesamtwerte von 800 000 M in die Hände gefallen.

Leipzig. (Gefährliche Einbrecher) Sieben Herbergsausflieger haben seit einigen Monaten nicht weniger als 14 Einbrüche in Geschäfte ausgeführt. Bisher konnten ihnen Räubereien im Betrage von mehreren Millionen Mark nachgewiesen werden. In einer Gastwirtschaft in der Unionstraße fanden sie willige Abnehmer für ihr Diebesgut. Auch die Wirte und ihre Töchter kannten die Quelle ihrer Lieferanten. Die Einbrecher und mehrere Helfer wurden verhaftet. — (Erwichene Bodenlammerdiebe.) Zwei gewerbsmäßige Bodenlammerdiebe, die seit Monaten das Säckviertel unsicher machten, wurden bei einem Bodenlammerdiebstahl in der Wiedebachstraße von Bewohnern des Hauses erwischt und gehörig verprügelt. Einer der Einbrecher erhielt beim Kampfe einen Revolvererschuß in die Hüfte. Beide mußten durch die Polizei dem Krankenhaus zugeführt werden.

Zwickau. (Kirchenräuber.) Aus der hiesigen Lutherkirche wurde ein silberner Abendmahlskelch, eine silberne Taufschüssel mit Fuß, zwei silberne Abendmahlsleuchter und eine silberne Taufkanne im Gesamtwerte von 500 000 Mark gestohlen.

Chrenfriedersdorf. (Endliche Heimkehr) Nach einem am Montag hier eingegangenen Telegramm fährt der letzte noch in Frankreich weilende Kriegsgefangene Otto Reuter am 31. Januar von Toulon nach der Heimat ab.

Glashütte. (Sängertag des Elbgau-Längerbundes.) Am 8. Juli d. J. findet hier der Sängertag des sächsischen Elbgau-Längerbundes statt. Mit den Vorbereitungen ist bereits begonnen worden. Gesangsdarbietungen der beiden hiesigen Männergesangsvereine sind vorgesehen.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 30. Januar.

Auf der heutigen 30. Sitzung des Landtages steht als 1. Beratungsgegenstand das kommunisistische Mißtrauensvotum gegen den Minister Lipinski. Haus und Tribünen sind gefüllt, sämtliche Minister sind anwesend. Abg. Böttcher (Kom.) begründete den Antrag in anderthalbstündiger Rede und bemerkte, das heutige Mißtrauensvotum gegen den Minister Lipinski hänge zusammen mit der Stellung der gesamten sozialdemokratischen Regierung gegenüber der Arbeiterklasse. Diese Regierung müsse zurücktreten und einer Arbeiterregierung Platz machen. Minister des Innern Lipinski rechtfertigte die Haltung der Regierung gegen die kommunistische Seite erhabenen Vortrags. Der Abg. Dr. Kaiser (D. Vp.) erklärte, die Regierung könne sich nicht auf eine Mehrheit des Volkes und ihre Stellung verlassen sein. Seine Partei werde dem Mißtrauensantrag zustimmen. Abg. Dr. Seifert (Dem.) erklärte, auf das Vorgehen der R. P. D. könne es nur eine Antwort geben, das sei der freiwillige Rücktritt der Regierung mit dem Ziele, sie im Sinne einer Verständigung zwischen den verfassungstreuen republikanischen Parteien umzubilden. Erfolge diese Antwort nicht, so würden seine Freunde gegen die Regierung stimmen. Abg. Kreschmar (Din.) erklärte, daß seine Partei für den Mißtrauensantrag stimmen werde, weil Herr Lipinski nie deren Vertrauen haben könne. Abg. Müller-Chemnitz (Soz.) stellte sich mit seinen Freunden reslos hinter die Regierung. Hierauf wurde in namentlicher Abstimmung der kommunisistische Mißtrauensantrag mit 54 Stimmen der Bürgerlichen und Kommunisten gegen 39 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Ministerpräsident Buch erklärte hierauf den Rücktritt der Gesamtregierung, die jedoch die Staatsgeschäfte bis zur Neukonstituierung weiterführen werde. Nach einer vierstündigen Pause wurde die Sitzung geschlossen und die heute unerledigt gebliebenen Punkte der Tagesordnung wurden für die Donnerstagssitzung zurückgestellt. Abg. Böttcher beantragte, die Frage der Regierungsbildung noch heute zu behandeln und erklärt, als dies abgelehnt wurde, daß ein Betriebsrätekongreß für Sachsen einberufen würde, der über die Regierungsbildung entscheiden würde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

— (Rechtfertigungsversuche) für die unerhörte Gewalttat im Ruhrgebiet werden von Frank-

reich immer und immer wieder unternommen, da man in Paris zwar moralische Werte außerordentlich gering einschätzt, aber doch weiß, daß die Welt allzu ungeschminkt Brutalität gegenüber unruhig wird. Deshalb hängt Poincaré allen seinen Notizen und Verordnungen eine heuchlerische Phrase an und auch nur deshalb nennt er seinen räuberischen Einbruch in das friedliche deutsche Arbeitsland keine militärische Aktion. Seine Generale sind natürlich angewiesen, diese Politik der Rechtfertigung ebenfalls zu verfolgen, aber General Degoutte, der in Düsseldorf vor amerikanischen Journalisten gesprochen hat, ist so seiner Propagandakünste nicht fähig gewesen. Was eine Rechtfertigung sein sollte, war ein brutales und offenes Eingeständnis der militärischen Gewalttaten, das dadurch noch abler wirkte, daß der ehrlose französische Offizier die Gelegenheit für günstig hielt, das deutsche Kriegsheer nach dem Muster eines Boulevard-Schreibers wüßte zu beschimpfen. Geschickler legte es schon der Herr Außenminister Benesch der Tschcho-Slowakischen Republik an, der sich geradezu als Winkelanwale Poincarés bedingte, habe aber die Tatsachen auf den Kopf gestellt und der offenkundigen Wahrheit bedenkenlos Gewalt antat. Die Tschcho ist politisch an das französische Imperium gebunden und glaubt, da sie in sich kaum lebensfähig ist, den Schutz Frankreichs nicht entbehren zu können. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die dort herrscht, beweist aber, daß das Schicksal des Landes wirtschaftlich mit dem Schicksal Mitteleuropas auf das innigste verflochten ist. Wenn Herr Benesch große Plaboyers für die Politik Poincarés vorträgt, so kann es sehr gut möglich sein, daß diese in Totenreden für die eigene Nation enden.

Weimar. (Die Thüringer Regierung gegen den Wucher.) Das Thüringer Justizministerium hat eine umfangreiche Verfügung gegen die Preistreiber und den Wucher erlassen, in welcher es heißt: „Nachdem vom höchsten Gerichtshof insbesondere die bisher umstrittene Frage, ob allgemein der Preisbemessung einfach der Wiederbeschaffungspreis zugrunde gelegt werden darf, geklärt worden ist, und zwar in vernünftigem Sinne, müssen jetzt die Strafverfolgungsbehörden in erhöhtem Maße gegen alle übermäßigen Preissteigerungen unnaheförmlich vorgehen, die Ermittlung so schnell wie möglich durchzuführen und strenge Strafen, in erster Linie Freiheitsstrafen, beantragen. Auch von den Gerichten erwarten wir, daß sie alles daran setzen, um eine schnelle und wirkungsvolle Aburteilung aller Preistreiber und Wucherer zu ermöglichen. Gerade bei der Preistreiber muß die Strafe rasch der Tat auf dem Fuße folgen und für den Täter fühlbar sein, wenn sie ihren abschreckenden Zweck erreichen soll. Hierbei wird das Strafbefehlsschnellverfahren, wie wir es in den größeren Städten eingerichtet haben, gerade jetzt gute Dienste tun können. Die Staatsanwaltschaften haben von ihm nach Möglichkeit Gebrauch zu machen und zu diesem Zweck fortgesetzt mit den Polizeibehörden in Fühlung zu bleiben.“

Amerika.

Newyork, 31. Jan. (Erhöhung des Einwanderungsprozentsatzes in Amerika.) Eine Senatskommission, die sich mit der Einwanderungsfrage befaßt, hat am 24. Januar beschlossen, den Prozentsatz der Einwanderung von 3 auf 5 Prozent zu erhöhen. Der Satz von 3 Prozent der in den Vereinigten Staaten ansässigen Ausländer entspricht nicht den Anforderungen von Industrie und Landwirtschaft.

England.

London, 31. Januar. (Die erschütterte Militärentfront.) Reuter meldet, in Konstantinopel werde nicht daran gezweifelt, daß die allerwahrscheinlichste Folge eines völligen Bruchs in Vauanne ein neuer Krieg sein werde. Die jüngst erfolgte Ermordung britischer Soldaten habe die Gefahr der Lage gezeigt, wenn derartige Zwischenfälle sich vermehren, so werde dies zu einem Vorgehen in der einen oder anderen Richtung führen.

Landesvertretertag der christlichen Gewerkschaften.

In Neustädter Bahnhof zu Dresden hielten am Sonntag, den 28. Januar 1923 die christlichen Gewerkschaften im Freistaat Sachsen ihren ordentlichen Vertretertag ab. In der Einleitung gedachte der Vorsitzende des Landesauschusses, Bezirksleiter Hartmann-Dresden, der feindlichen Ruhrbesetzung. Nachdem auch Gauleiter Kladezki noch eine warmherzige Darstellung über seine eigenen Beobachtungen gegeben hatte, die er in der ersten Besatzungswoche im Ruhrgebiet anstellen konnte, wurde folgende Entschließung gefaßt: „Die ordentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften im Freistaat Sachsen grüßt die Brüder im besetzten Rheinland und im Ruhrgebiet und dankt es ihnen, daß sie im Interesse des bedrohten Vaterlandes in vorbildlicher Weise fortgesetzt die größten Opfer bringen. Angesichts der eigenen leidlichen Not geloben wir, in gleicher Treue und Opferbereitschaft unsere leidenden Volksgenossen in den besetzten Gebieten nach Kräften moralisch und finanziell zu unterstützen; um das deutsche Vaterland vor französischer Raubgier und Besatzungsabsichten zu bewahren.“